

Waldsymposium der AGDW – 23. & 24 Juni 2021

Fragen und Forderungen der Teilnehmenden an die Forstpolitik des Bundes

Beantwortung durch **Dr. Kirsten Tackmann**, MdB, Agrarpolitische Sprecherin der
Bundestagsfraktion DIE LINKE

Klimaschutzleistungen des Waldes jetzt honorieren:

Wie kann Wald und Holz besser in einer nächsten notwendigen Änderung des Klimaschutzgesetzes berücksichtigt werden auch im Hinblick auf die Honorierung der Klimaschutzleistungen des Waldes?

Die Aufnahme des Waldes in das Klimaschutzgesetz birgt Vor- und Nachteile und muss gerade deshalb auf belastbarer fachlicher Grundlage erfolgen. Die Aufnahme des Landnutzungs-Sektors (LULUCF) in die Novelle des Klimaschutzgesetzes 2021 war in erster Linie eine politische Reaktion auf die höchststrichterliche Entscheidung, dass das Klimaschutzgesetz nicht ausreichend ist. Aber die Novelle wurde im Schnelldurchlauf beschlossen und ist mit heißer Nadel ohne ausreichende fachliche Grundlage gestrickt. Das musste die Bundesregierung in einer Antwort auf meine parlamentarische Anfrage einräumen. Rechenricks helfen aber weder dem Klima noch dem Wald. Das Ziel, das breit getragene Ziel Klimaneutralität zu erreichen, teilt DIE LINKE, aber es reicht nicht, dies auf dem Papier zu erreichen, sondern es braucht schlüssige Konzepte, wie das in der Realität erreichen werden soll. Grundsätzlich befürwortet DIE LINKE die Aufnahme von Wald und Holz in ein Bundes-Klimaschutzgesetz und damit auch die Honorierung von Ökosystemdienstleistungen im Wald. Dabei müssen aber alle Ökosystemleistungen eine gewichtige Rolle spielen. Dazu gehören unter anderem Biodiversität, Filterfunktion, Erholungsfunktion und Klimaschutz. Eine Reduzierung des Waldes auf seine CO₂-Senkenfunktion ist zu kurz gedacht, da Ökosystemleistungen auch Zielkonflikte bedeuten. Gleichzeitig darf dieses Honorierungssystem keine finanzielle Abhängigkeit der Waldbesitzenden schaffen und muss vor allem bei denen ankommen, die wirklich Unterstützung brauchen, insbesondere Klein- und Kleinstprivatwald, und diese auch für Gemeinwohlinteressen nutzen. Für den Umbau des Waldes und sich daraus ergebende Nutzungsalternativen müssen auch Verarbeiter und Vermarkter in Verantwortung genommen werden. Auch für Waldbesitz muss zudem weiterhin Artikel 14 Grundgesetz gelten, das Eigentum verpflichtet und zum Allgemeinwohl verwendet wird. Zudem soll nicht nur für Waldbesitzende, sondern auch für die dringend gebrauchten Forstleute die Teilhabe an der öffentlichen Unterstützung gesichert sein.

Welche Vor- und Nachteile sehen Sie in einer staatlichen Honorierungsprämie gegenüber privatwirtschaftlichen Honorierungsangeboten für den Wald?

Beide Modelle haben ihre Vor- und Nachteile. Da es sich aber bei Ökosystemdienstleistungen um Leistungen für das Gemeinwohl handelt sollten diese, insbesondere wenn diese gefährdet sind, auch durch öffentliche Gelder honoriert werden. Privatwirtschaftliche Modelle können das ergänzen. Es sollte aber verhindert werden, dass öffentliche Güter über den Markt verhökert werden und damit nicht wirksam sind. Bestes negatives Beispiel dafür ist das EU-Emissionshandelssystem.

Sind Fördermittel für eine Steigerung der Holzverwendung vorgesehen?

Die Honorierung von Ökosystemdienstleistungen im Wald könnte durchaus an die vorwiegend stoffliche Verwertung von Holz und die anschließende Kaskadennutzung geknüpft sein. Dazu braucht es ein ausgeklügeltes Honorierungssystem das Zielkonflikte, z. B. den Schutz der biologischen Vielfalt einbezieht und sowohl die Speicher- als auch Substitutionswirkung von Wald und Holz optimiert. Die mittel- und langfristigen Strategien müssen gemeinsam mit allen aktiven Akteuren im Wald sowie auch der gesamten Lieferkette entwickelt werden.

Welche Ökosystemleistung soll prioritär gefördert werden, die Klimaschutzleistung, die Biodiversität, die Erholungsleistung etc.?

Allen Ökosystemdienstleistungen des Waldes kommt eine große Bedeutung zu und müssen jeweils in Summe angemessen berücksichtigt werden. Eine Priorisierung auf betrieblicher Ebene oder in Regionen je nach Situation und Lage des Waldes wäre denkbar, darf aber nicht ausschließlich passieren, da Ökosystemdienstleistungen häufig auch untereinander Zielkonflikte aufweisen. Zum Beispiel ist ein Wald mit maximaler Aufwuchsleistung (Klimaschutz) nicht unbedingt naturnah und bietet wenig Platz für Biodiversität und Erholungsfunktion.

Kleinprivatwald stärken – Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse fördern und professionalisieren:

Die Professionalisierung von Forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen wird durch die De-minimis Regelung behindert. Setzen Sie sich für eine Notifizierung des Fördergrundsatzes C ein?

Hindernisse durch beihilferechtliche Regelungen müssen dringend abgebaut werden, um forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse zu stärken.

Europa im Dialog gestalten:

Wie wollen wir unsere CO₂-Einsparungen erfüllen, wenn das Potential im Produktspeicher Holz durch EU-Umweltpolitiken nicht mehr erbracht werden kann?

Interessenskonflikte zwischen Klima-, Umwelt-, und Biodiversitätsschutz dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wälder und die stoffliche Verwertung dessen Produkt Holz und eine anschließende Kaskadennutzung ist ein wichtiger und langfristiger CO₂-Speicher der unbedingt erhalten bleiben muss. Zudem leistet die bauliche Verwendung von Holz ein regionales Substitutionsprodukt für den Klimasünder Beton. Auch das muss in zukünftigen Klima- und Umweltzielen mit bedacht werden. Wichtig dabei ist, vor allem die regionale Verwendung von Holz.

Instrumente zur Krisenbewältigung schaffen und novellieren:

Wie könnte ein umfassendes Krisenmanagement Ihrer Meinung nach ausgestaltet sein, wobei das Forstschäden-Ausgleichsgesetz nur einen Baustein darstellt und wo auch die Prävention und Vorsorge eine große Rolle spielen?

DIE LINKE strebt ein verbessertes Risiko- und Krisenmanagement an, das auch zur Entlastung der Klein- und Kleinstwaldbesitzenden beiträgt. Dazu gehört u.a. eine steuerfreie Risikoausgleichsrücklage für Forstbetriebe und Waldbesitzende. Prävention ist immer der beste Weg, damit es erst gar nicht zu einer Risiko- oder Krisensituation kommt. Dazu braucht es deutlich mehr und bessere Beratung für Waldbesitzende, insbesondere bei Klein- und Kleinstwaldbesitzenden, die insbesondere jetzt vor enormen Herausforderungen und damit häufig auch vor einer Überforderung stehen. Dazu gehört insbesondere, die Baumartenwahl für den naturnahen Waldumbau hin zu klimatoleranten Zukunftswäldern aber auch der Waldbrandschutz. Dazu braucht es deutlich mehr gut ausgebildetes und bezahltes Forstpersonal in der Fläche. Dafür setzt sich DIE LINKE ein.

Waldwirtschaft 4.0 – Digitalisierung im ländlichen Raum stärken:

Planen Sie Pilotprojekte zu schaffen/zu fördern, um Innovationen voranzubringen und in Praxis zu verankern?

Die Digitalisierung in den ländlichen Räumen ist ein wichtiger Baustein zur Stärkung der ländlichen Räume und der vor Ort wirtschaftenden Betriebe. Dazu braucht es aber den beschleunigten Netzausbau, sonst kommen auch Pilotprojekte und Innovationen sehr schnell an ihre Grenzen. Grundsätzlich befürwortet DIE LINKE Pilotprojekte zur Digitalisierung der Waldwirtschaft. Wichtig dabei ist, dass die Datenhoheit bei den Urhebern verankert bleibt und nicht durch digitale-Konzerne abgegriffen werden. Und es sollte weiter bewusst bleiben, dass technologische Lösungen allein nicht ausreichen werden und nicht nur Symptome gelindert, sondern Ursachen der Probleme beseitigt werden müssen.

Verantwortungsvolle Jagd für den Wald in der Klimakrise:

Wie soll der Schutz von Waldbesitzenden, die in Forstbetriebsgemeinschaft und/oder Jagdgenossenschaften zusammengeschlossen sind, organisiert werden, wenn Abschusspläne und Jagd zu Schäden führen? Das gilt für die tatsächlich materiellen Schäden, als auch für z.B. den Zertifikatsverlust (z.B. PEFC) oder – im schlimmsten Falle – für Rückforderungen von Honorierungsleistungen (CO₂, ÖSL).

Die Wildschadensvermeidung kann nur in gemeinsamer Verantwortung von Waldbesitzenden, -bewirtschaftenden und Jagd ausübenden erfolgreich sein. Dazu gehört ein fairer Umgang mit den dennoch eingetretenen Wildschäden. Die Wildschadensbegutachtung muss auf einheitliche, verlässliche und nachvollziehbare Füße gestellt werden. Dazu muss auch ein Monitoringsystem beitragen, das die jagdlichen Einflussmöglichkeiten analytisch in den Blick nimmt. Die Schlussfolgerungen aus dieser Grundlage müssen zu fairem einem Schadensausgleichssystem beitragen, das zwischen den Beteiligten ausgehandelt und gesetzlich verankert werden sollte.

Leistungen der Wälder erhalten – Eigentümer weiterhin motivieren:

Das wichtigste Instrument der Kleinprivatwaldbetreuung sind Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse. Wie wollen Sie diese stärken, um die Bewirtschaftung des Kleinprivatwaldes weiter zu stärken?

Rechtliche und finanzielle Hürden für Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse müssen beseitigt werden, aber die Mitgliedschaft strikt freiwillig sein, auch ohne indirekten Druck. Ziel muss es sein, die strukturellen Nachteile, insbesondere von Klein- und Kleinstwaldbesitzenden, durch unabhängige, auch öffentliche Beratung überbetriebliche Zusammenarbeit, z.B. Forstbetriebsgemeinschaften zu unterstützen und zu fördern. Hindernisse durch beihilferechtliche Regelungen müssen abgebaut werden. Das trägt auch zur Sicherung einer breiten Streuung von Waldeigentum bei. Ein verbessertes Risiko- und Krisenmanagement trägt auch zur Entlastung der Klein- und Kleinstwaldbesitzer bei. Dazu gehört u.a. eine steuerfreie Risikoausgleichsrücklage für Forstbetriebe und Waldbesitzende.